#SICHERHEIT #CORONA 15. März 2021

Übergriffe wegen Maskenpflicht nehmen zu

Im vergangenen Jahr wurden 200 Übergriffe von Maskenverweigerern auf Beschäftigte der DB registriert. Die Dunkelziffer wird um ein Vielfaches höher liegen. Die EVG bekräftigt ihre Forderungen nach mehr Sicherheit für die fahrenden Personale.

„Arbeitgeber und Politik sind hier in der Pflicht. Mehr, als bis jetzt geschehen“, mahnt Kristian Loroch, Vorstandsmitglied der EVG und verantwortlich für den Bereich Beschäftigungsbedingungen. „Was muss noch passieren, damit konsequenter durchgegriffen wird?“ Immer wieder komme es zu Beschimpfungen, Drohungen oder sogar körperlichen Angriffen.

In den vergangenen sechs Monaten wurden in Zügen und auf Bahnhöfen:

- über 300.000 "Belehrungen wegen Verstoßes gegen die Tragepflicht einer Mund-Nase-Bedeckung" erteilt,
- 9249 Mal Bußgeldverfahren gegen Maskenverweigerer eingeleitet,

- Knapp 1000 Platzverweise an Bahnhöfen erteilt,
- Gut 540 Mal mussten Maskenmuffel ihre Fahrt unterbrechen; sprich: aus Zügen aussteigen.

Völlig inakzeptabel sind vor allem die persönlichen und oft drastischen Beleidigungen gegen die Kolleginnen und Kollegen, wenn sie auf uneinsichtige Fahrgäste stoßen“, sagt Loroch.

Die EVG fordert bereits seit Langen – auch schon vor Corona – und jetzt noch mehr, Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die solche Übergriffe gezielt strafrechtlich verfolgen und schneller ahnden. Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sollte ein Mindestbußgeld für ertappte Maskenmuffel in Höhe von mindestens 50 Euro kassiert werden. Darauf hatten sich mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt die Bundesländer im vergangenen Sommer geeinigt. Die Durchsetzungspflicht liegt ganz klar bei der Bundespolizei und den zuständigen Landesbehörden. Das hatte die EVG durchgesetzt, nachdem anfangs die Beschäftigten in Bussen und Bahnen dafür verantwortlich gemacht werden sollten.